

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Erich Kerschke
Druck: A. Kerschke & Co.
Verlagsanstalt
Rosa-Kloster
Königsberg
Zentraldruckerei
Königsberg

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei im Jahr monatlich 6.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 123.

Montag, den 30. Mai 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichspräsident hat die Ernennung Dr. Walter Rathenau zum Minister für Wiederaufbau billigen.

Die Volksbefragung in Südtirol wegen des Anschlusses ist ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Bis gestern Abend 7 Uhr sind in 85 Gemeinden 68 210 Stimmen abgegeben worden, davon 67 583 ja und 677 nein.

Ungarn teilte dem Sekretär des Völkerbundes offiziell mit, daß es beabsichtige, die nächste Völkerbunderversammlung um seine Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

Präsident Harding erklärte, der Kernpunkt der amerikanischen Politik in den kommenden Monaten werde der sein, die Schulden Frankreichs und Englands gegen politische Konzessionen (auf Kosten Japans) abzulösen.

Wie die Chicago Tribune aus Washington meldet, hat Präsident Harding den neuen Sozialtarif Entwurf unterzeichnet.

Die wirtschaftliche Lage in Rußland wird mit jedem Tag schlimmer. Die Prostrationen sind auf ein Viertel Pfund herabgefallen. Die Bauern in Nordrußland sind am Verhungern.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

W. W. Daß wir die Verpflichtungen aus dem Verfallener Vertrag nur unter Ausbietung aller Energien zu leisten vermögen, ist nachgerade eine Binsenwahrheit. Es ist trotzdem oder gerade deswegen notwendig, das Arbeitsproblem als solches zu untersuchen, und zwar sowohl nach der technischen, als auch nach der sozialpolitischen und seelischen Seite. Was dafür ausscheiden muß, das ist jede parteipolitische Voreingenommenheit und Voraussetzung. Es wäre für unser öffentliches Leben schon viel gewonnen, wenn alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur sachlich durchgesprochen würden. Immer wieder muß an das Wort Lassalles erinnert werden: Aussprechen, was ist. Das Arbeitsproblem, das ja auch ein Leistungsproblem ist, ist bisher nur rein technisch oder sozialpolitisch untersucht worden. Die Seelenkunde, die nicht minder wichtig ist, kam oder kommt dabei zu kurz. Es ist aber klar, daß das Arbeitsproblem anders gewertet werden muß in einer Welt, in der wir frei von äußerem und innerem Druck waren, als in einer Zeit, in der schwere, auch seelisch spürbare Lasten auf uns ruhen. Wenn es vor dem Kriege fast unbestritten war, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht unbedingt zum Rückgang der Arbeitsleistung führen müsse, so sind unter dem Einfluß des Krieges andere Kräfte wirksam geworden, die dazu nötigen, dies Dogma nachzuprüfen. Es sind nicht die Entbehrungen der Kriegsjahre allein, die uns als Volk körperlich und seelisch geschwächt haben. Vielmehr kommt in Betracht, daß die Niederlage und der Sturz von der Höhe in die Tiefe wohl bei allen mehr oder minder wahrnehmbare Erschütterungen ausgelöst haben. Unlustgefühle aller Art treten auf und beeinträchtigen die Arbeitsleistung. Selbst ohne die Verpflichtungen, die wir dem Verband gegenüber eingegangen sind, ist es für uns erforderlich, das höchste an Arbeitsenergie herauszuholen. Dazu ist notwendig, alle seelischen Hemmungen und Widerstände zu überwinden. Immer schärfer muß sich die Erkenntnis herausarbeiten, daß uns weder Hilfe von außen, noch irgend ein mechanischer Kunstgriff von innen zu retten vermag. Nicht nur der Einzelne, auch die Völker sind ihres Glückes Schmied. Seelisch Kranken gegenüber hat der Arzt sehr oft kein anderes Mittel, als eine Stärkung der Willenskraft zu versuchen. Auch Völker können seelisch krank sein.

Wir gehören zu diesen kranken Völkern, was nach dem Jahre 1914, besonders aber seit dem Herbst 1918 kein Wunder ist. Allein die Krankheitserscheinungen dürfen wir nicht als Verfallserscheinungen ansprechen und umdeuten. Ein Volk, das so gewaltiger Leistungen im Kriege fähig war, ist gesund. Das reden wir uns nicht zum Selbsttröste ein, das ist Wissen und Ueberzeugung. Wir haben den Glauben an Zukunft und Wiederaufstieg nicht verloren. Aber es gehört zu den tiefsten Geheimnissen der deutschen Seele, daß wir gern auf etwas Wunderbares hoffen und warten. Unsere entdichtete und nichthern gewordene Gegenwart ist für romantischen Rauber nicht mehr empfänglich. Das Wunderbare, das wir erwarten, hat sich mechanisch vergegenständlicht, ist ein organisatorischer Kunstgriff geworden. Von ihm Rettung zu erwarten, wäre ein Verhängnis. Was uns retten kann, ist allein, daß wir arbeiten und erzeugen. Es ist gewissenhaft zu prüfen, wie groß die Erzeugung sein muß, ebenso ob wir dies mit den bisher üblichen Methoden erreichen können. Die Grenze der Erzeugung, die wir unter allen Umständen erreichen müssen, läßt sich zahlenmäßig abschätzen und bestimmen. Wenn die Erzeugung zur Erfüllung der Verpflichtungen und als Grundlage für den Wiederaufbau etwa 300 Millionen Ton-

nen jährlich betragen muß, wir aber nur 100 Millionen Tonnen hervorbringen, so muß die Arbeitsleistung so hoch geschraubt werden. Es kommt nur auf die Erkenntnis und den Willen an. Sozialpolitische Lehren nützen uns gar nichts, wenn sie durch die Erfahrung widerlegt werden. Noch immer war das Volk in seiner Gesamtheit am glücklichsten, dessen treibende Kraft die Freude an der Arbeit und am Erfolg war.

Korsantys Schwindelmanöver.

Neue Angriffe der Insurgenten.

Ein harter feindlicher Angriff bei Riewce im Abschnitt Krappitz wurde unter Verlusten für die Insurgenten vom deutschen Selbstschutz zurückgewiesen. Die Bahnhöfe Großstein und Steinbrücke sind von den Insurgenten besetzt. Im Kreis Ratibor setzen die Insurgenten ihre lebhafteste Feuer-tätigkeit fort. Ebenso war das Feuer Sonnabend Abend mörderisch von Kosel sehr lebhaft, wurde aber während der Nacht ruhiger. Festgestellte Vorbereitungen der Insurgenten bekräftigen auch die in der deutschen Presse fast sämtlich vertretene Ansicht, daß die Meldung, Korsantys wolle den Aufstand beendigen, nichts anderes als eine große Irreführung darstelle.

Die Aufreißer plündern weiter.

Die Lage in Oberschlesien ist im allgemeinen un-ändert. Der aus Oppeln mit Lebensmitteln für Glet-witz abgefahrene, von einem englischen und einem ita-lienischen Offizier begleitete Zug wurde in Laband von den Insurgenten angehalten und das Jugpersonal ver-haftet. In der Umgegend von Krosenberg verübten die Aufständischen Plünderungen und Brandschakungen. Insurgenten stahlen am 25. d. M. 30 Personen, Pack- und Güterwagen, die auf den Gleisen innerhalb des Stadgebietes Kattowitz standen, das nach Vereinbarung der Franzosen mit den Insurgenten von diesen nicht betreten werden durfte. Die Meldungen in der polni-schen Presse über Gräueltaten der Deutschen an polnischen Gefangenen in Reife entbehren jeg-licher Grundlage.

Weitere Engländer nach Oberschlesien.

Der Berliner Vertreter des Neuterbüros meldet: Eine ganze britische Division wird umgehen d nach Oberschlesien abgehen. Sie wird unter dem Kommando des Divisionsgenerals Kennner stehen, der sich im Kriege sehr ausgezeichnet hat. Die Division wird mit Artillerie, Pionieren und Tanks ausgerüstet sein. Oberst Wausch von der Bladwatz, der eine der Brigaden kommandieren wird, ist gestern auf der Reise nach Oberschlesien durch Berlin gekommen.

Ein Hilferuf aus Kattowitz an Amerika.

Die Stadt Kattowitz hat am 28. Mai ein Tele-gramm an den Staatssekretär des Auswärtigen Jug-hes in Washington abgesandt, in dem es heißt: Die Vereinigten Staaten sind für die Ideale der Demokra-tie, der Zivilisation in den Weltkrieg eingetreten. Wir senden die Augen der amerikanischen Regierung auf Oberschlesien, wo diese Ideale mit Füßen getreten wer-den. Die friedliche Mehrheit des ober-schlesischen Volkes wird seit dem 3. Mai durch eine bewaffnete Minder-heit in alle Schreden eines blutigen Aufstandes gestürzt. Viele Menschen sind ermordet. Hunderte von Männern und Frauen, sogar Kinder, werden von den polnischen Insurgenten in Gefangenschaft geschleppt. Mehr als 25 000 Menschen haben sich in die Städte des Aufstands-gebietes geflüchtet. Mehr als 20 000 haben sich in das besetzte Gebiet gerettet. Es sind Missetatungen grau-en-haftester Art erfolgt. Weder Frauen noch Kinder wer-den dabei geschont. Im Weichbilde der Städte stehen Rebellen und gebrauchen ihre Waffen gegen die schuz- und wehrlose Bevölkerung. Jede Lebensmittelaufuhr ist abgeschnitten. Den Müttern und Säuglingen fehlt die Milch. Den Städten droht Hungersnot. Der Stadt Kattowitz und ihren Vororten ist die Wasserzufuhr durch die Rebellen abgeschnitten. Die Organe der Inter- alliierten Kommission sehen diesen Zu- ständen tatenlos zu. In dieser tiefen Not richten wir an die Regierung der Vereinigten Staaten den Ruf, im Interesse der gewaltigen Mehrheit des ober-schlesischen Volkes und der Durchführung der von ihr pro- klamierten hohen Ideale für eine sofortige durchgrei-fende Abhilfe einzustehen.

Storzas räuberische Vorschläge.

Tribuna glaubt hinsichtlich der ober-schlesischen Frage zu wissen, daß Graf Storza sich darauf beschränkt habe, zwei Vorschläge zu unterbreiten, die als Grundlage für Erörterungen im Obersten Rat dienen könnten. Jede Veröffentlichung würde der Ruhe in Ober- schlesien schädlich sein.

Der Dreizehnenplan.

Der diplomatische Berichterstatter der Chicago Tri-bune Henry Wales teilt mit, daß der Vorschlagerrats Umverteilungen an die Interalliierte Kommission in Op-peln habe ergeben lassen, einen einheitlichen Vor-schlag zur Teilung des strittigen Gebietes in drei Abschnitte vorzulegen. Die Zustimmung der französischen Delegierten im Vorschlagerrats zu dem Plan der Dreiteilung Oberschlesiens bezeichne den ersten Schritt zur Annahme des Kompromisses durch die Franzosen. Der Erfolg des englisch-

italienischen Entwurfes, nachdem dieser mehrfach von Frankreich abgelehnt worden war, werde als Anzeichen dafür angesehen, daß man in Paris sich überzeugt habe, daß die Vereinigten Staaten den Plan der autonomen Rome unterstützen.

Wie das Neuterbüro erzählt, besteht auf englischer Seite, wie man auch den Vorschlag einer weiteren Prü-fung der Einzelheiten in der ober-schlesischen Frage durch technische Sachverständige beherzigen mag, das Empfinden, daß eine solche Prüfung nicht an die Stelle einer Beratung der Frage durch den Obersten Rat treten kann, der allein berufen ist, sich mit der Wieder-herstellung der Autorität der alliierten Mächte über die Insurgenten zu beschäftigen. Obgleich General Ge-rond sich dem englischen Vorschlag, in Oberschlesien drei Zonen zu schaffen, die von den Polen, den Deutschen und den Alliierten besetzt werden sollen, nicht ange-schlossen hat, so besteht doch die Hoffnung, daß die französische Regierung den Festsetzungen des Vorschlages zustimmen wird, da die Rege-lung nur vorübergehender Natur ist. Dem Ver-nahmen nach begünstigen die Italiener den Plan, der in der Vorschlagerratskonferenz besprochen werden soll.

Aufruf an die deutsche Lehrerschaft.

Der frühere sächsische Kultusminister Dr. Seyfert hat in seiner Deutschen Schulparis einen Aufruf an die deutsche Lehrerschaft gegen die Verschlagung der Volksschule erlassen, der allgemeine Bedeutung hat. Der Aufruf lautet:

Eine furchtbare Gefahr droht der Volksschule! Sie soll zerklüftet werden in Gemeinschaftsschulen, Bekennerschulen, weltliche Schulen und Weltanschauungs-schulen. Maßgebend soll sein der Wille der Erziehungs-berechtigten, durch den nicht das erzieherische Gewissen, sondern kirchliche Ansprüche, parteipolitische Rücksichten und Weltanschauungsgegenstände sich geltend machen wer-den. Nicht auszubedenken ist der Zustand, der entstehen müßte: Statt der einheitlichen nationalen Volksschule ein Trümmerhaufen aus Weltanschauungsschulen. Freilich wird dort Einheit sein, wo geistige Vergewaltigung sie er-zwingt; aber gerade dort, wo Freiheit besteht, wird die Zertrümmerung eintreten. Muß sich nicht die ganze deutsche Lehrerschaft wie ein Mann gegen solche Ab-sicht erheben? Würde sie sich nicht mitschuldig ma-chen, wenn sie dem ruhig zusähe, es wohl gar un-mittelbar oder mittelbar förderte? Doch gibt es einen Ausweg auf dem Boden der Verfassung, nämlich: das einmütige Eintreten für die als Norm und Regel in der Verfassung geforderte Gemeinschaftsschule. Zu ihr müssen sich, soll die Verschlagung verhindert wer-den, die Anhänger der Bekennerschule wie die der weltlichen bekennen. Es ist für sie beide ein Verzicht. Wie anders soll aber eine Verständigung möglich sein? Den Anhängern der Bekennerschule wird gewährleistet, daß in der Gemeinschaftsschule der verfassungsmäßige Religionsunterricht erteilt wird, den Anhängern der weltlichen Schule gewährleistet die Verfassung, daß auch die Gemeinschaftsschule rein weltlichen Charakters, frei und unabhängig von kirchlichem Einfluß ist. So mag in ihr nicht jene und nicht diese Idee verwirklicht sein, aber sie verhindert doch die größte Gefahr: die Zertrüm-merung. Die einheitliche Gemeinschaftsschule kann sich nach erzieherischen Grundsätzen, nach Fortschritten zukünf-tiger Tage weiterentwickeln, aber eine zerklüftete Volksschule wird nimmer wieder heilen!

Eine Rede Stresemanns

auf dem sächsischen Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Chemnitz.

Am Sonnabend nachmittag trat in Chemnitz der erste sächsische Landesparteitag der Deutschen Volks-partei zusammen. Während der Sonnabend den Tagungen der Landesfachauschüsse gewidmet war, galt der Sonntag als Landesvertretertag. In dessen Verlauf hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann eine zweistündige Rede über die

Stellungnahme zur Reichspolitik.

wobei er folgendes ausführte: Die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet durch die Annahme des Ultimatums und durch die Bildung einer neuen Regierung im Reich. In der Annahme des Ultimatums ist keinesfalls der Abschluß einer Entwicklung, sondern eher der An-fang einer solchen zu erblicken. Der Deutschen Volks-partei sind die Bedingungen des Ultimatums unerträglich erschienen. Niemand ist gegenwärtig imstande zu sagen, was Deutschland zu leisten vermag, das Verant-wortlichkeitsgefühl liegt es deshalb nicht zu, eine ganze Generation mit den Bedingungen zu belasten. Die An-erufung Amerikas ist ohne Beziehung mit den Parteien erfolgt. Richtig ist die Vereinzigung Amerikas, die Form entsprach aber nicht der zu wahrenen Würde. Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums sind noch nicht zu übersehen. Aus dem Volke muß aber jedenfalls das Doppelte von dem an Steuern herausgeholt werden, was heute als das Äußerste gilt. Durch die Bestimmun-gen in bezug auf die Kriegsverbrecher will man uns von neuem mit einer ethischen Schuld belasten. Die Weltpropaganda mit den betreffenden Verhandlun-gen darf nicht unterschätzt werden. Man wird eine Aus-wahl hinausgeben, durch die uns Schaden zugefügt wer-